

Internationale Freigeistige Rundschau 1/2012

Europa

Deutschland

I (4228) **Hannover**. Nach der erst jetzt vorgelegten Statistik der EKD für 2010 nahm die Zahl der Kirchengaustritte mit 145.250 zwar gegenüber 2009 geringfügig ab, aber der Schwund der Kirchenmitglieder war mit 299.000 (auf rund 23.896.000) der größte seit langem. Der evangelische Anteil an der Gesamtbevölkerung schrumpfte damit um 0,35 auf 29,23 %. Auch die Quote der sonntäglichen Gottesdienstbesucher war mit 3,6 % die niedrigste bisher registrierte.

Erstmals liegt der Hauptgrund für die Schrumpfung eindeutig nicht in den Kirchengaustritten, sondern in der Überalterung der Mitgliedschaft. Während von allen in 2010 in Deutschland Verstorbenen 72 % katholisch oder evangelisch waren, wurden von den Neugeborenen nur noch 52 % katholisch oder evangelisch getauft. Damit lag die Schere zwischen beiden Werten um drei Prozentpunkte höher als noch vor zehn Jahren. (Analyse der MIZ-Redaktion aufgrund der Daten der EKD vom 9.1.12)

Eine von der *Katholischen Nachrichten Agentur* veröffentlichte Untersuchung kommt überdies zu dem Schluss, dass rund eine Million Kirchenmitglieder den Austritt fest vorhat und weitere 4,5 Millionen diesen Schritt „wahrscheinlich“ in absehbarer Zeit vollziehen wollen (KNA, 15.12.11).

Anm. MIZ-Red.: Auch wenn die Erfahrung zeigt, dass zwischen der Absicht und dem Vollzug des Austritts oft eine erhebliche zeitliche Lücke liegt, ist damit sicher, dass eine Trendwende bei den Austritten – offenbar auch nach innerkirchlicher Auffassung – nicht zu erwarten ist. Vielmehr ist weiterhin, für beide Konfessionen zusammen, mit durchschnittlich etwa 300.000 Austritten und 50.000 Eintritten pro Jahr zu rechnen. Seit 1990 haben die beiden Kirchen zusammen jedes Jahr rund eine halbe Million Mitglieder verloren; an diesem Trend wird sich demnach auch zumindest bis 2030 nichts ändern.

I (4229) **Hannover/Bielefeld**. Der Kirchenschwund zieht immer weitere Kreise. Die westfälische Landeskirche will bis 2030 mehr als die Hälfte ihrer Pfarrstellen streichen. Statt 1850 soll es dann nur noch 800 Pfarrer geben. Sie geht davon aus, dass im gleichen Zeitraum die Zahl der Kirchenmitglieder von 4,6 auf 2,8 Millionen sinkt.

Unterdessen teilte die EKD mit, dass seit 1990 genau 830 der damals 20.700 Kirchen aufgegeben wurden. (Informationsbrief der evangelikalischen Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, Februar 2012, S.2 u. 3)

I (4230) **Trier**. Auch die katholische Kirche tritt den Rückzug an. Das Bistum Trier schließt zum Jahresende 2012 seine Akademie. Auch in der Hochschulseelsorge, der Jugend- und der Büchereiarbeit werden Stellen gestrichen. Die Sparbeschlüsse resultieren vordergründig aus Beschlüssen zur Kostensenkung angesichts des Rückgangs der Kirchensteuerzahler. Tatsächlich soll aber die gesamte Basisarbeit straffer kontrolliert werden. Unter anderem wird die interne Jugendarbeit in eine noch zu gründende Abteilung ‚Jugend‘ direkt dem Bischöflichen Generalvikariat untergeordnet. (KNA, 2.3.12)

I (4231) **Freising**. Die vor einem Jahr von der Bayerischen Bischofskonferenz mit großem Medienrummel gefeierte Fachstelle für Prävention sexueller Gewalt, angesiedelt an der Landesstelle für katholische Jugendarbeit, ist nun klammheimlich wieder gestrichen worden. Selbst katholische Verbände wie der Bund der Deutschen Katholischen Jugend (BDKJ) reagierten darauf „mit Empörung und Unverständnis“, während der Bund für Geistesfreiheit Bayern dies als Beweis für die „scheinheilige und nur auf Medienresonanz ausgerichtete Haltung der Bischöfe“ sahen. (Kirchen-Newsletter des Bayerischen Rundfunks, 2.3.12)

I (4232) **Mainz**. Die Gottesdienstübertragungen im Fernsehen interessieren immer weniger Zuschauer. Ihre Zahl ist in den vergangenen fünf Jahren um 15 Prozent zurückgegangen, informierte ZDF-Intendant Markus Schächter. Er erklärt sich den Rückgang als altersbedingt. Auch ältere Menschen seien heute nicht mehr so selbstverständlich gottesorientiert wie die Generation davor. Ein heute 60-Jähriger sei im Zweifel „eher mit den Rolling Stones aufgewachsen als mit der Liturgie eines Sonntagsgottesdienstes“. Zugleich betonte Schächter, das ZDF wolle in der Zusammenarbeit mit den Kirchen auf Grundlage des „klaren staatsvertraglichen Anspruchs“ festhalten. Das ZDF überträgt alle zwei Wochen im Wechsel einen katholischen beziehungsweise evangelischen Sonntagsgottesdienst. (KNA, 3.3.12)
Anm. MIZ-Red.: Das Durchschnittsalter des ZDF-Zuschauers beträgt nach den letzten Erhebungen 59 Jahre, das der Konsumenten von Fernsehgottesdiensten 73 Jahre.

I (4233) **Berlin**. Der an einer Opus-Dei-Hochschule ausgebildete Berliner Kardinal Woelki hat das in Berlin erstaufgeführte Theaterstück „Über das Konzept des Angesichts bei Gottes Sohn“ scharf attackiert ohne es überhaupt gesehen zu haben. Der Kardinal behauptete bereits vor der Premiere des Stücks, die Inszenierung diene ausschließlich der Provokation. Er verurteilte, „dass das, was Menschen aus ihrem Glauben heraus wichtig und heilig ist, in dieser Weise durch den Dreck gezogen wird“. Der Autor und Regisseur Romeo Castellucci wies die Worte Woelkis als „Kritik ohne Augenschein“ zurück. „Ich verstehe und akzeptiere Kritik von Zuschauern“, so Castellucci im Berliner Theater „Hebbel am Ufer“. Wenn der Protest jedoch von jemand komme, der das Stück nicht gesehen habe, alarmiere ihn das. „Das ist dann Zensur“, so der italienische Regisseur. Das Theaterstück behandelt anhand eines Sohnes, der seinen dementen und inkontinenten Vater pflegt, die Theodizee-Frage, warum Gott trotz seiner Allmacht und Allgüte Menschen unverschuldet leiden lassen kann. Dabei werden u.a. Steine gegen eine Leinwand geworfen, auf der dann das überdimensionale Porträt von Jesus erscheint. Immer wieder wird während des Stücks die Aussage gemacht: „Du bist nicht mein Hirte“. Publikum und Kritik feierten das Stück begeistert. (*Welt Online*, 6.3.12; *Zeit Online*, 6.3.12)

I (4234) **Frankfurt**. Die Kommunikationswissenschaftlerin Emel Zeynelabidin hält die Tendenz in muslimischen Kreisen für fatal, den Koran als Maßstab für die Bewältigung des Alltags heranzuziehen. So seien regelgläubigen Muslime viele Erfahrungsräume verschlossen, was Frauen noch mehr treffe als Männer. Das Spiel mit Identitäten und Rollen sei verhüllten Frauen unmöglich, denn sie hätten nur eine einzige Identität, nämlich die der öffentlich erkennbaren muslimischen Frau. Als Gegenstrategie forderte sie in einem Essay in der FAZ („Heilmittel Koran?“) eine

bessere Vernetzung der Muslimas untereinander und ein selbstbewussteres Auftreten in der Öffentlichkeit.

Die Autorin ist Tochter des Gründers der „Türkischen Union Europas“, der Vorgängerorganisation von „Milli Görüs“. (*Frankfurter Allgemeine*, 8.3.12)

I (4235) **München**. Die Erzdiözese München kaufte in Rom für 10 Millionen Euro einen luxuriösen Palazzo, damit die Kleriker und Pilger während ihrer Aufenthalte in der Ewigen Stadt „angemessen“ komfortabel untergebracht werden. Offiziell hieß es, man wolle „das Wirken der Erzdiözese mit der Einrichtung eines ‚Hauses der Begegnung‘ in Rom weiter verstetigen“. Auf empörte Rückfragen rechtfertigte sich das Ordinariat, die Immobilie sei nicht aus Kirchensteuermitteln, sondern aus dem Vermögen erworben worden. Nur einen Tag später kam dann die Meldung, dass Kardinal Marx in München in einem Rokoko-Palais residiert, dessen Restaurierungskosten von 8,1 Millionen der allgemeine Steuerzahler trägt, weil es offiziell in Staatsbesitz ist. Der *Bund für Geistesfreiheit Augsburg* schlug daraufhin vor, die doch so reiche Erzdiözese solle auch das Palais Holnstein zu einem korrekten Preis erwerben und dann aber auch alle Unterhaltskosten tragen. Das wäre ein kleiner Beitrag zur sauberen Trennung von Staat und Kirche und zur Gesundung der Staatsfinanzen. (*Süddeutsche Zeitung*, 13., 14. u. 26.3.12)

I (4236) **Trier**. Ausgerechnet der Missbrauchsbeauftragte der katholischen Bischofskonferenz, der Trierer Bischof Ackermann, beschäftigt in seiner Diözese sieben straffällig gewordene Priester. Erst kurz zuvor hatte er beteuert, eine „Null-Toleranz-Linie“ durchsetzen zu wollen, während er nun darauf hinwies, diese Kleriker würden ja nur dort eingesetzt, wo sie mit Jugendlichen vermutlich kaum mehr in Kontakt kämen. Daher bekräftigte Ackermann nach der Veröffentlichung dieses Sachverhalts, dass die Geistlichen nicht von ihren Stellen abgezogen würden. (*Der Spiegel*, 19.3.12, *Augsburger Allgemeine*, 20.3.12)

Anm. *MIZ*-Red.: Aufgrund des Zusammenhangs ist davon auszugehen, dass der Bischof die „Null-Toleranz-Linie“ auch gar nicht auf Pädophile, sondern auf die Auslegung der katholischen Glaubenslehre bezogen hat.

I (4237) **Halle**. Nach Meinung von Bundestagsvizepräsident Thierse steht die katholische Kirche im politischen Betrieb zunehmend auf dem Abstellgleis. "Die evangelische Kirche erweist sich in vielen Fragen als geschmeidiger, während die katholische Kirche eine strengere Verbindlichkeit auch in moralischen Fragen artikuliert", sagte Thierse, der dem Zentralkomitee der deutschen Katholiken angehört. Der SPD-Politiker sieht die katholische Kirche im Konflikt mit einem in der Politik geforderten Pragmatismus. In der Debatte um die Präimplantationsdiagnostik (PID) etwa habe die evangelische Kirche drei verschiedene Ansichten vertreten: "Da kann sich jeder Politiker bedienen. Die katholische Kirche war eindeutiger und sie stehe generell im Verdacht des Gestrigen. Sie passt nicht. Sie ist lästig. Das zeitgeistige Vorurteil gegenüber Katholiken zeigt auch in der Politik Wirkung". (*Mitteldeutsche Zeitung*, 15.3.12)

I (4237a) **Egelsbach**. Drei Kreuze auf öffentlichem Raum beschäftigen seit Monaten die Verwaltung in der südhessischen Gemeinde. Die zwei Meter hohen Holzkreuze waren 2011 von der evangelischen Kirchengemeinde mit Erlaubnis der Verwaltung an stark frequentierten Plätzen im Ort errichtet worden. Nachdem ein Egelsbacher Bürger dagegen protestiert hatte, wurde das Thema von den lokalen Medien aufgegriffen. Anfragen vom IBKA Hessen an Verwaltung und Kirche zu den im

Rahmen der Kreuzaktion entstandenen Kosten blieben (vorerst) unbeantwortet. Eine Petition der Brights Deutschland (www.ipetitions.com/petition/egelsbach_crosses/) fordert die Verwaltung auf, die Genehmigung zur Aufstellung der Kreuze zurückzunehmen. Nach dem aktuellen Stand will die Verwaltung nun über das Thema neu beraten. (Pressemitteilung des IBKA Hessen, 16.3.12)

I (4238) **Berlin/Königswinter**. In das Thema „Kirchliches Arbeitsrecht“ kommt Bewegung. Die Linkspartei hat im Bundestag einen Antrag eingebracht, das kirchliche Arbeitsrecht nur noch auf Beschäftigte im Bereich der kirchlichen Verkündigung zu beschränken, nicht aber auf die rund 1,2 Millionen Mitarbeiter von Caritas oder Diakonie. Ende März sollten Sachverständige bei einer Bundestagsanhörung ihre Einschätzung abgeben. Der Leiter des kirchenrechtlichen Instituts der Evangelischen Kirche in Deutschland, Heinig, mahnte im Vorfeld Reformen des kirchlichen Arbeitsrechts an. Damit man von einer Dienstgemeinschaft sprechen könne, müssten Arbeitnehmer und Arbeitgeber gleich stark sein. Voraussichtlich im Sommer wird das Bundesarbeitsgericht entscheiden, ob Streiks auch für kirchliche Arbeitnehmer zulässig sind. Die nordrhein-westfälische Stadt Königswinter hatte am 19. März beschlossen, der katholischen Kirchengemeinde die Trägerschaft eines Kindergartens zu kündigen. Die Stadt reagierte damit auf die vorangegangene Kündigung, die der örtliche Pfarrgemeinderat einer Kindergärtnerin ausgesprochen hatte, weil diese nach der Trennung von ihrem Mann mit einem neuen Partner zusammenlebt. Das Erzbistum Köln bedauerte die Entscheidung der Stadt, die Trägerschaft aufzukündigen. (Kirchen-Newsletter des Bayerischen Rundfunks, 23.3.12)

Großbritannien

I (4239) **London**. Die anglikanische Kirche wird in England nach Einschätzung ihrer eigenen Generalsynode binnen 20 Jahren in ihrer derzeitigen Form aussterben. Schon jetzt liegt das Durchschnittsalter der Anglikaner bei 61 Jahren, was bereits bis 2020 zu Einbrüchen bei der Mitgliederzahl aufgrund „natürlicher Abgänge“ führen werde. Zehn Jahre später sehen die Untersuchungen innerkirchlicher Experten die *Church of England* „insgesamt funktional nicht mehr vorhanden“. Ein Problem sei dabei, dass der Niedergang schleichend erfolge und kaum wahrnehmbar sei. (*Südwestpresse* Ulm, 22.7.11; Informationsbrief der evangelikalen Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, November 2011)

I (4240) **London**. Die Homo-Ehe führt zu einem schweren Zerwürfnis zwischen der konservativ-liberalen Regierung und dem Klerus. Kardinal Keith O'Brien von Edinburgh streitet mit scharfen Worten gegen Pläne der Regierung, Partnern gleichen Geschlechts die Eheschließung zu erlauben. Das wäre nach seiner Auslegung „eine groteske Entstellung eines universell akzeptierten Menschenrechts“. Artikel 16 der UNO-Menschenrechtserklärung definiere die Ehe klar als einen Bund zwischen Mann und Frau. Cameron, der einer erstmaligen Regierungskoalition aus Tories und Liberalen vorsteht, will bis zum Ende der Legislaturperiode 2015 die zivile Eheschließung auch von zwei Partnern gleichen Geschlechts einführen. Dazu beginnen im April erste Konsultationen mit Fachleuten. „Keine Regierung hat die moralische Autorität, die weltweit anerkannte Definition von Ehe umzuschreiben“, warnt der schottische Kardinal, der offenbar genau weiß, wer die „moralische Autorität allein besitzt. Auch der anglikanische Erzbischof von York, John Sentamu, hat sich schon deutlich gegen Camerons Plan positioniert – einen Plan, dem auch

viele Abgeordnete aus der Tory-Partei des Premiers widersprechen, der aber bereits in einer Reihe anderer Staaten realisiert ist. (*Sunday Telegraph*, 4.3.12)

I (4241) **London**. In England und Wales werden so wenig katholische Ehen geschlossen wie zuletzt vor über hundert Jahren. Dies berichtete die katholische Wochenzeitung *The Tablet*. Schon seit 50 Jahren sei der Trend konstant rückläufig, aber in jüngster Vergangenheit habe sich der Rückgang drastisch beschleunigt. So ließen sich nur noch halb so viele Paare trauen wie vor zwanzig Jahren. Auch andere Konfessionen hätten einen ähnlichen Schwund zu verzeichnen. Die Zahl der Zivil-Ehen bleibt dagegen fast konstant. (*The Tablet*, 8.3.12)

Italien

I (4242) **Rom**. Um die Staatsverschuldung zu begrenzen, hat die Regierung auf Druck von Premier Monti nun beschlossen, dass auch kirchliche Einrichtungen künftig die Immobiliensteuer zahlen müssen. Bisher waren Gebäude, die der Kirche gehörten und nur indirekt für kommerzielle Zwecke verwendet wurden, von der Steuer befreit. Die katholische Tageszeitung *l'Avvenire*, die der italienischen Bischofskonferenz gehört, begrüßt nun plötzlich die Einführung der Steuer für die katholische Kirche. Auch sie wolle zum Allgemeinwohl Italiens beitragen und mithelfen, die Wirtschaftskrise zu überwinden, so ein Editorial in der katholischen Zeitung. Man müsse aber aufpassen, dass damit nicht „ein Angriff auf die Kirche gestartet wird“ und auch karitative Einrichtungen benachteiligt werden. Die Immobiliensteuer für kirchliche Einrichtungen gilt ab nächstem Jahr, war bisher vom Klerus aber erfolgreich abgewehrt worden. (*Avvenire*, 25.2.12)

Niederlande

I (4243) **Amsterdam**. Die Zahl der Fälle von aktiver Sterbehilfe, die in den Niederlanden seit 2002 unter strengen Bedingungen erlaubt ist, ist 2010 auf einen neuen Höchststand von 3136 gestiegen. Das sind 19 Prozent mehr als im Vorjahr. Die christlichen Kirchen laufen zwar immer noch dagegen Sturm, doch folgt ihnen dabei noch nicht einmal die Mehrzahl der eigenen Mitglieder. (Informationsbrief der evangelikalen Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, Februar 2012, S.2)

I (4244) **Limburg**. Die katholische Kirche hat in den 50er Jahren in den Provinzen Limburg und Brabant eine Reihe von Jungen kastrieren lassen um ihre angeblichen homosexuellen Neigungen „zu heilen“. Dabei handelte es sich um Minderjährige, die zuvor in katholischen Schulen und Internaten von Kirchenangehörigen sexuell missbraucht worden waren. Obwohl die für psychiatrische Kliniken zuständige Behörde davon wusste, schritt sie nicht ein, wie die niederländische Tageszeitung *De Limburger* mitteilte. Sie hatte unter anderem interne Besprechungsprotokolle aus dieser Zeit ausgewertet. (*De Limburger*, 17.3.12; *Augsburger Allgemeine*, 20.3.12)

Österreich

I (4245) **Wien**. Nicht nur die katholische, sondern auch die kleine evangelische Kirche Österreichs schrumpft überdurchschnittlich rasch. Hatte sie 1971 noch eine halbe Million Mitglieder, sind es Ende 2011 nur noch 310.000. Allein 2010 verzeichnete sie 4000 Austritte, in den Jahren zuvor waren es jeweils etwa 3000.

(Informationsbrief der evangelikalen Bekenntnisbewegung „Kein anderes Evangelium“, Februar 2012, S.4)

I (4246) **Wien**. Die katholische Kirche hat ihre Haltung zu kirchlichen Begräbnissen von Ausgetretenen grundlegend geändert. Hauptziel der neuen, österreichweit gültigen Richtlinien der Bischofskonferenz zu kirchlichen Begräbnissen für Ausgetretene ist die seelsorgliche Begleitung von gläubigen Angehörigen. Hintergrund sind befremdete Reaktionen von Hinterbliebenen, die die Kirche nicht auch noch verlieren will.

In einer eigenen Stellungnahme betonte der Sprecher der Diözese Graz-Seckau jedoch, die Kirche „bagatellisiert“ damit keinen Kirchenaustritt. „Das Begräbnis ist ein menschlicher Dienst, den wir jedem Verstorbenen schulden“, unterstreicht Plank. Als Beistand und Trost sei das christliche Begräbnis aber auch ein Dienst an den Angehörigen des verstorbenen Mitmenschen: „Wenn Angehörige eines aus der Kirche ausgetretenen Verstorbenen um unser Gebet bei dessen Begräbnis ersuchen, dann stehen wir ihnen als Mitmenschen und Christen bei.“ Die neue österreichweite Regelung stimmt mit der Ordnung für Begräbnisse überein, die in der Diözese Graz-Seckau schon seit mehr als zehn Jahren gegolten hat. (*Kleine Zeitung*, 3.3.12; *kathpress*, 3.3.12)

Anm. *MIZ*-Red.: Da fragt sich allerdings schon, warum die österreichische Kirche diesen „menschlichen Dienst“ – und auch erst seit kurzem – „jedem Verstorbenen schuldet“, während z.B. die deutsche katholische Kirche solche Menschlichkeit nicht aufbringt.

Polen

I (4247) **Warschau**. Die polnische Regierung plant eine grundsätzliche Reform der Finanzierung von Kirchen und Glaubensgemeinschaften. Sie will daher eine zunächst freiwillige Kirchensteuer in Höhe von 0,3 Prozent des Einkommens einführen, mit der vor allem die Kosten für die Sozial- und Krankenversicherung der Priester gedeckt werden sollen.

Kirchen und Glaubensgemeinschaften wurden in Polen bisher neben Spenden der Gläubigen aus einem Kirchenfonds finanziert, der mit 21,5 Millionen € aus dem Staatshaushalt subventioniert war, aber 2013 abgeschafft werden soll.

Bei den gemäßigten und linken Oppositionsparteien stößt die Reform auf Zustimmung, bei der nationalistischen Rechten von Kaczynski auf Ablehnung. Dort spricht man von einem „Angriff auf die Kirche“. Die eher links von der Regierungspartei PO stehenden im polnischen Parlament Sejm vertretenden Oppositionsparteien SLD und Ruch Palikot sehen die Regierungspläne als ersten Schritt hin zu einem säkularen Polen mit weniger Einfluss der katholischen Kirche auf Politik und Gesellschaft. Der Hauptgrund für den Vorstoß des liberalen Regierungschefs Tusk ist aber der Zwang zu Einsparungen. Aus den Reihen der Kirche gab es bisher keine Proteste. (*ORF*, 15.3.12)

Russland

I (4248) **Moskau**. Die Vatikanzeitung „Osservatore Romano“ analysierte die Präsidentenwahlen in Russland und speziell die Motive der russisch-orthodoxen Kirche Putin zu unterstützen. Der Leitartikel betont, da an einem Sieg Vladimir Putins nicht zu zweifeln sei, wollten sich die Orthodoxen einen mächtigen Freund schaffen. „Die orthodoxe Kirche Russlands sieht in Putin und in dem, was Putin vertritt, eine

gute Ausgangsposition für sich selber“, sagt der deutsche Ökumene-Experte Thomas Bremer im Interview mit Radio Vatikan. Der Kirche gehe es vor allem „um eine Stabilisierung ihrer Position“, und sie stehe auch Putins außenpolitischen Vorstellungen von einem starken Russland im internationalen Gefüge nahe. Außerdem schätze sie seine „Positionierung als orthodoxer Christ“. (*Osservatore Romano*, 4.3.12; *Radio Vatikan*, 4.3.12)

Patriarch Kyrill I. hatte erstmals bei einem Treffen des Ministerpräsidenten mit verschiedenen Religionsvertretern am 8. Februar die entscheidende Rolle Putins in der Krise der 1990-er Jahre ausdrücklich lobend unterstrichen und ihn danach mehrfach als ihren Kandidaten herausgestellt. Er musste sogar auf Vorwürfe im Internet reagieren, er sei bei der Unterstützung Putins zu exponiert. (*adnkronos*, 25.2.12)

Schweiz

I (4249) **Bern**. Priester, denen sexuelle Übergriffe auf Kinder gebeichtet werden, sollen die Täter auch weiterhin nicht der Polizei melden müssen. Der Nationalrat hat eine entsprechende parlamentarische Initiative des Genfer SP-Abgeordneten Carlo Sommaruga mit 121 zu 47 Stimmen bei 5 Enthaltungen abgelehnt. Dieser forderte, Angriffe auf die sexuelle Freiheit Unmündiger nicht länger durch das Berufsgeheimnis von Geistlichen zu schützen. Die Mehrheit des Nationalrats erachtet es jedoch als problematisch, die Aufhebung des Beichtgeheimnisses nur auf pädophile Straftaten zu beschränken. Die Entbindung vom Berufsgeheimnis müsse konsequenterweise auch für andere Verbrechen – etwa Mord – gelten. Kritisiert wurde auch, dass das Berufsgeheimnis nur für Priester gelockert werden sollte. Es sei nicht verständlich, dass Ärzte in Fällen von Kindesmissbrauch weiterhin dem Berufsgeheimnis unterstellt sein sollten, Geistliche dagegen nicht. Laut Carlo Sommaruga sollte die Aufhebung des Beichtgeheimnis nur auf sexuellen Missbrauch von Unmündigen beschränkt werden, weil diese Fälle oft nicht entdeckt würden, da die Opfer das Erlittene für sich behielten. Im Gegensatz etwa zum Mord, wo eine Leiche die Ermittlungen der Polizei auslösten, gebe es für die Gerichte keinen Hinweis auf eine Tat. (*Neue Zürcher Zeitung*, 7.3.12)

Tschechische Republik

I (4250) **Prag**. Die tschechische Regierung hat nach 20-jährigen Verhandlungen einem Vermögensausgleich zugestimmt, demzufolge die Religionsgemeinschaften 56 Prozent ihres alten Eigentums an Immobilien zurückbekommen und in den kommenden 30 Jahren zudem 2,36 Milliarden Euro in bar erhalten. Im Gegenzug wird sich der Staat bis 2028 aus der Bezahlung der Priester völlig zurückziehen. Der Prager Kardinal und Alt-Erzbischof Miloslav Vlk zeigte sich mit dieser Regelung hochzufrieden, in der Bevölkerung stößt die Entscheidung der Regierung jedoch auf Ablehnung. Kritiker weisen darauf hin, dass der Staat gar nicht untersucht habe, auf welche zweifelhaften Methoden die Kirchen früher überhaupt zu ihrem Grundvermögen gekommen sind. Tschechien gilt als das am stärksten säkularisierte Land Europas. Um das Gesetz hatte es bis zuletzt Streit gegeben. Der kleinste Partner der aus drei Parteien bestehenden Mitte-Rechts-Koalition in Prag, die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“ (VV), wollte die Zustimmung verweigern, weil die Zahlungen den Staatshaushalt übermäßig belasten. Ministerpräsident Necas stellte der VV daraufhin ein Ultimatum: Sollte die Partei dem Gesetz nicht zustimmen, werde er bei Staatspräsident Vaclav Klaus die Abberufung ihrer Minister beantragen. Das hätte

den Fall der gesamten Regierung bedeutet. Die VV-Führung lenkte schließlich nach einem Gespräch mit dem Prager Kardinal Duka und einer nächtlichen Unterredung mit Necas ein und stimmte dem Gesetz am Vormittag zu. (*KNA*, 11.1.12; *Welt Online*, 12.1.12)

Vatikan

I (4251) **Vatikanstadt**. Auf wenig Gegenliebe stößt bei Konfessionslosen-Verbänden die Absicht des Heiligen Stuhls, seine nächste Gesprächsrunde am 29. und 30. März mit ausgewählten, dem Vatikan genehmen Atheisten und Bekenntnislosen in Palermo auf Sizilien „im Zeichen der Mafia“ stattfinden zu lassen. Atheistische Vertreter wiesen darauf hin, dass die Mafia kein Phänomen der religionslosen Gesellschaft sei, sondern dass eines der wichtigsten Merkmale der Mafia ihre enge Verbindung zum katholischen Glauben sei. Daher handle es sich um ein innerkatholisches Problem, das der Vatikan zu exportieren suche. Merkwürdig sei außerdem, dass der Vatikan einseitig festlege, unter welchen Rahmenbedingungen ein Gespräch mit Nichtglaubenden stattzufinden habe.

Der Präsident des päpstlichen Kulturrates, Kardinal Ravasi, hatte in einem Interview mit *Radio Vatikan* angekündigt, dass die nächste Tagung den Titel „Kultur der Rechtschaffenheit und multireligiöse Gesellschaft“ trägt. Die Wahl des Ortes zeige den Willen der katholischen Kirche, ihre Bemühungen gegen illegales Verhalten und „jedwede Degeneration des Rechts“ wieder zu beleben. (Der Ausdruck „wieder beleben“ beinhaltet das Eingeständnis, dass diese katholischen Bemühungen zuvor also eingeschlafen sind, Anm. *MIZ-Red.*) Die religiöse und moralische Ebene sei im Kampf gegen die Mafia von großer Bedeutung, behauptete der Kardinal. Veranstalter ist der am päpstlichen Kulturrat angesiedelte „Vorhof der Völker“. Diese Einrichtung wurde im vergangenen Jahr speziell für den Dialog zwischen Glaubenden und Nichtglaubenden ins Leben gerufen. Ähnliche Veranstaltungen der im März 2011 in Paris gegründeten Initiative fanden bislang in Bukarest, Rom und Tirana statt. (*Radio Vatikan*, 11.3.12)

Nordamerika

Vereinigte Staaten

I (4252) **Washington**. Die USA haben den Vatikan auf eine Liste von 68 Staaten gesetzt, die wegen des Verdachts auf Geldwäsche beobachtet werden. Ein aktueller Bericht aus dem US-Außenministerium bemängelt, dass sich der Heilige Stuhl an bestimmten internationalen Abkommen zum Kampf gegen Drogenkriminalität nicht oder nur unter großen Vorbehalten beteilige. Genannt wurden das Übereinkommen gegen grenzüberschreitende organisierte Kriminalität (Palermo-Konvention), die UN-Konvention gegen Korruption und die UN-Konventionen gegen Drogenhandel und Terrorfinanzierung. Kurz zuvor hatte der Vatikan Vorwürfe italienischer Medien abgewiegt, dass die *IOR* (Institut für die Werke der Religion) internationale Abkommen zur Kontrolle von Geldwäsche unterlaufe, inhaltlich aber keine Auskünfte dazu erteilt. Immerhin ließ der Vatikan erstmals einen Expertenausschuss des Europarats zu, der die Finanzorgane des Heiligen Stuhls in stark eingeschränktem Umfang „begutachten“, jedoch nicht direkt überprüfen darf, darunter die seit langem umstrittene Vatikanbank *IOR*. (*Welt Online*, 8.3.12)

I (4253) **New York**. Die katholische US-Bischöfskonferenz hat für Karfreitag zum Fasten aus Protest gegen die neue Gesundheitsreform aufgerufen. In den USA sollen ab dem 1. August die Krankenkassen die Kosten für verschreibungspflichtige Verhütungsmittel wie die Pille übernehmen. In einem offenen Brief nennen die Bischöfe die geplante Änderung einen „beispiellosen Angriff auf die Religionsfreiheit“, obgleich niemand verpflichtet ist, solche Mittel in Anspruch zu nehmen. Sie unterstützen auch eine Protestdemonstration in Philadelphia. In dem Bundesstaat leben drei Millionen Katholiken, darunter der republikanische Präsidentschaftsanwärter Rick Santorum. Er will bei der Präsidentschaftswahl im November gegen den demokratischen Amtsinhaber Barack Obama antreten. (*Agence France Presse*, 14.3.12)

Unterstützt werden die Bischöfe von den Gouverneuren von sieben US-Bundesstaaten. Sie klagen gegen jenen Gesetzespassus, der kirchliche Arbeitgeber verpflichtet, ihren Beschäftigten Krankenversicherungen mit Kostenübernahme für Familienplanung anzubieten. Alle klagenden Staaten werden von republikanischen Gouverneuren regiert. Das Thema spielt mittlerweile auch in den republikanischen Vorwahlen und in den Umfragen zum Präsidentschaftswahlkampf eine Rolle. (*KNA*, 25.2.12)

Lateinamerika

Argentinien

I (4254) **Salta**. Der Erzbischof von Salta im Nordwesten Argentiniens kämpfte (bislang vergeblich) dafür, den in Argentinien freiwilligen Religionsunterricht an staatlichen Schulen beizubehalten. „Religiöse Erziehung ist eine Bereicherung für den legitimen Pluralismus und trägt zum Aufbau der Gesellschaft bei“, behauptete Erzbischof Cargnello. Die lokale Regierung hatte beschlossen, dass künftig kein Religionsunterricht mehr an staatlichen Schulen angeboten werden soll. (*Radio Vatikan*, 4.3.12)

Mexiko

I (4255) **Mexico City**. Wenige Tage vor dem Besuch des Papstes hat Mexiko seine Verfassung geändert: Zum ersten Mal erkennt der Staat nun die besondere Rolle der Kirche an. Nach dem Abgeordnetenhaus im Dezember stimmte nun auch der Senat der Verfassungsänderung zu. Diese bedeutet eine wichtige Akzentverschiebung, der Mexiko ansonsten als laizistischen Staat beschreibt. Die Freiheit des Kultes war allerdings auch bisher schon explizit anerkannt. Die Debatte über die Ausrichtung des Staates geht aber auch nach der Entscheidung im Senat weiter. Während die Klerikalen von einer „historischen Entscheidung“ spricht, kritisieren die Laizisten, dass die Verfassung unter dem Eindruck des Papstbesuchs geändert wurde. Auch die Bischöfe sind mit dem beschlossenen Text nicht völlig zufrieden; so brauchen Priester auch künftig eine eigene Erlaubnis für alle liturgischen Feiern, die außerhalb von anerkannten Kultorten stattfinden. Religionsunterricht an staatlichen wie privaten Schulen, darunter auch an katholischen, ist weiterhin nicht erlaubt. (*Radio Vatikan*, 16.3.12)

Panama

I (4256) **Panama City**. Wenn es ums Geld geht, versteht sich auch die lateinamerikanische katholische Kirche aufs Handeln. Die Päpstliche Nuntiatur in Panama zeigte sich bereit, aus ihrer exklusiven Lage an einen anderen Standort zu ziehen. Als "Entschädigung" zahlt der Staat Panama dem Heiligen Stuhl die für örtliche Verhältnisse geradezu astronomische Summe von umgerechnet 7,1 Millionen Euro. Die Regierung von Staatspräsident Ricardo Martinelli und der Vatikan hatten den Ortswechsel in einem gemeinsamen Abkommen beschlossen. (*La Estrella*, 2.3.12; *KNA*, 2.3.12)

Uruguay

I (4257) **Montevideo**. Die Bischofskonferenz drohte katholischen Abgeordneten, die für das neue Gesetz zum straffreien Schwangerschaftsabbruch stimmen, mit einer Exkommunikation. Eine Person, die eine Abtreibung vornimmt oder sie direkt unterstützt, habe sich automatisch selbst aus der Kirche ausgeschlossen, sagte ein Sprecher der Hauptstadtdiözese Montevideo der Tageszeitung *Ultimas Noticias* vor der anstehenden Abstimmung im Abgeordnetenhaus. Der Senat des südamerikanischen Landes hat der Neuregelung bereits mit 31 zu 17 Stimmen zugestimmt. Nun muss die Gesetzesvorlage noch das Abgeordnetenhaus passieren. Künftig sollen Abtreibungen in den ersten zwölf Schwangerschaftswochen straffrei und legal sein. Bei Schwangerschaft durch Vergewaltigung, bei Gefahr für das Leben der Mutter oder einer schweren Behinderung des Kindes kann die Frist verlängert werden. Derzeit werden Frauen, die in Uruguay eine Abtreibung vornehmen lassen, nach einem Gesetz aus dem Jahre 1938 mit drei bis neun Monaten Gefängnis bestraft. Personen, die dabei helfen, drohen bis zu 24 Monate Haft. (*Radio Vatikan*, 28.12.11; *KNA*, 28.12.11)

Anm. *MIZ*-Red.: Ganz wirkungslos scheinen die Einschüchterungsversuche nicht geblieben zu sein, denn bis Redaktionsschluss steht die Abstimmung im Abgeordnetenhaus immer noch aus.

Afrika

Mosambik

I (4258) **Maputo**. Der Heilige Stuhl und Mosambik haben ein Grundlagenabkommen in Kraft gesetzt, das nach vatikanischer Diktion „bilaterale juristische Prinzipien und Anordnungen regelt“ und mit dem der Heilige Stuhl seinen Einfluss in dem Staat deutlich stärkt. Die Regelungen betreffen den privilegierten juristischen Status der katholischen Kirche in Mosambik, der etwa ein Drittel der 24 Millionen Einwohner angehört, die Anerkennung von kirchlichen Bildungsabschlüssen und kirchlichen Ehen sowie die Steuerfreiheit der katholischen Kirche. Das Abkommen war bereits am 7. Dezember vergangenen Jahres unterzeichnet worden. Mit seinem Inkrafttreten „festigen sich die freundschaftlichen Verbindungen der Zusammenarbeit“, die zwischen den beiden Seiten bereits vorher bestanden, hieß es in der Erklärung aus dem Vatikan. (*Radio Vatikan*, 15.3.12)

Asien

Türkei

I (4259) **Istanbul**. Die Evangelische Kirche in Deutschland (EKD) hat bei Gesprächen in der Türkei keine dringlichere Anliegen, als sich um ihren materiellen Besitz zu sorgen. Ihr Ratsvorsitzender forderte die türkische Regierung in Istanbul auf, die Ende August 2011 beschlossene Rückgabe von enteignetem Besitz an christliche und jüdische Gemeinden zügig umzusetzen. „Nach wie vor sind die Besitzrechte an Kirchengebäuden und Grundstücken, auch für unsere deutschsprachige evangelische Gemeinde in Istanbul, rechtlich ungesichert.“ Das Restitutionsdekret sieht vor, dass alle Immobilien nichtmuslimischer religiöser Stiftungen, die seit 1936 vom Staat enteignet wurden, wieder zurückerstattet werden. Experten wiesen allerdings darauf hin, dass es sich letztlich nur auf Armenier, Griechisch-Orthodoxe und Juden beziehe. Die römisch-katholische Kirche ist von dem Erlass nicht betroffen. Der EKD-Ratsvorsitzende sprach gleichwohl von einer „Reihe an positiven Entwicklungen“, die es in den letzten Monaten in dieser Frage geben habe. Er hofft nun, dass auch seine Kirche nach intensiven Verhandlungen materielle Vorteile herauschlagen kann. Türkische Medien schätzten die Gesamtsumme der Entschädigungen auf umgerechnet rund 700 Millionen Euro. (KNA, 4.12.11)

Ozeanien

Australien

I (4260) **Canberra**. Christliche Vertreter haben die Entscheidung kritisiert, die Datumsangaben „Anno Domini“ (auf deutsch „nach Christus“) und „Ante Christum natum“ („vor Christi Geburt“) aus den Schulgeschichtsbüchern zu streichen. Nach dem Willen der Kommission für Schullehrpläne sollen stattdessen die Begriffe „Before Common Era“ und „Common Era“ verwendet werden. Der anglikanische Erzbischof von Sydney bezeichnete die Entscheidung als „intellektuell absurden Versuch, Christus aus der Menschheitsgeschichte zu streichen“. Säkulare Politiker und nichtreligiöse Organisationen sahen dies hingegen als längst fälligen Schritt zur weltanschaulichen Neutralität. Eine endgültige Entscheidung steht noch aus. (KNA, 2.9.11)